



Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 25.03.2010

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	1/2010
Datum	Dienstag, dem 19. Januar 2010
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	21:35 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Harald Hormel
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Robert Knickel
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Francesco Piscitello
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Joachim Rechholz
Frau Barbara Reichelt
Herr Horst Roepenack
Herr Johann Sattmann
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Perry von Wittich
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistratsmitglieder

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Manfred Lürer
Herr Josef Pastor
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

entschuldigt

Herr Alexander Rabold Herr Tobias Schadeberg Herr Thomas Stöppler

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Herr Dieter Opalla

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 15.12.2009
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Fragen zu aktuellen Themen
5	DS 2/2010	Antrag BBB-Fraktion: Unterjähriges Berichtswesen im Bereich des Ergebnishaushalts
6	DS 3/2010	Antrag SPD-Fraktion: Beteiligung der Nutzergruppen an der Planung des Hallenbadneubaus
7	DS 295/2009	Vergabe eines Straßennamens nach Einreichung eines Bauantrags

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht allen Anwesenden ein gutes neues Jahr, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 34 Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

TOP 1	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 15.12.2009
-------	---

Die SPD-Fraktion hat zur Niederschrift vom 15.12.2009, TOP 15 und 27, eingewendet, die SPD-Fraktion habe hinsichtlich der Immobilie „Schulweg 7 in Oberissigheim“ mit „Ja“ gestimmt, die Niederschrift scheine dies anders wiederzugeben.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass handschriftlichen Aufzeichnungen das protokollierte Ergebnis aufweisen. Der Bandmitschnitt weist keine konkreten Zahlen bei der Frage nach „Ja“, „Nein“ bzw. „Enthaltungen“ auf – das Ergebnis wurde mit „beschlossen“ verkündet. Das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der SPD-Fraktion ist insoweit nicht im Einzelnen nachvollziehbar.

Er schlägt vor, heute an dieser Stelle wie folgt zu protokollieren:

„Die SPD-Fraktion legt Wert auf die Feststellung, dass sie anlässlich der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2009 bei der Abstimmung über den Verkauf des Anwesens „Schulweg 7 in Oberissigheim“ –TOP 15 und TOP 27– mit „Ja“ gestimmt habe.“

Die SPD-Fraktion und das gesamte Haus ist einverstanden, die Niederschrift vom 15.12.2009 gilt im Übrigen als genehmigt.

TOP 2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Stadtverordnete Bach sein Mandat niedergelegt habe und Winfried Weiß nachgerückt sei. Die Anwesenden danken Herrn Bach und begrüßen den Stadtverordneten Weiß als neuen Kollegen.

Der Stadtverordnetenvorsteher macht auf einen Termintausch aufmerksam: am 09.03.10 finde demnach eine Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr statt –mit anschließender Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales. Die Stadtverordnetenversammlung finde dann am 23.03.10 statt.

TOP 3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--	--

Der Magistrat hat keine Berichte.

TOP 4		Fragen zu aktuellen Themen
-------	--	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Fragen.

Für die SPD-Fraktion fragt der Stadtverordnete v.Wittich:

1. Planungsstand Feriencamp, Termin, Dauer
2. In welcher Höhe und für welche Maßnahmen wurden Fördermittel nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ beantragt und abgerufen?
3. Aktueller Stand bei der Besetzung einer pädagogischen Fachkraft für die Kindertagesstätten in der Verwaltung.“

Der Bürgermeister berichtet zur Frage eins, dass die Planung im Gange sei, voraussichtlich werde die Veranstaltung 2 Wochen dauern. Es sei noch unklar, ob sie im direkten Anschluss oder mit einer Pause nach den Ferienspielen stattfinde.

Zur zweiten Frage berichtet der Bürgermeister, dass keine Investitionsmaßnahmen getätigt wurden und daher auch kein Antrag zu stellen war.

Zur dritten Frage berichtet er, dass die Ausschreibung erfolgt sei und erste Gespräche am 04.02.10 stattfinden.

Der Stadtverordnete v.Wittich bedauert hinsichtlich Frage eins, dass hier kein Feedback auf entsprechende Bürgeranfragen an den Magistrat gelaufen sei. Hinsichtlich der zweiten Frage hätten seiner Ansicht nach € 500,- pro neu geschaffenem Platz angefordert werden können. Der Bürgermeister entgegnet, dass Räume und Möbel vorhanden waren und weitere Förderungen auch noch in der Zukunft abzurufen seien.

Hinsichtlich aktueller Radio-Meldungen drückt der Stadtverordnete Rechholz für die BBB-Fraktion zunächst seine Verwunderung dahingehend aus, dass bislang keine entsprechenden Hinweise an die Stadtverordnetenversammlung erfolgt sei.

Im Übrigen fragt er für die BBB-Fraktion:

„In einem „offenen Brief an die Stadtverordneten der Stadt Bruchköbel“, der zumindest der BBB-Fraktion vorliegt, fordert der ehemalige erste Stadtrat Karlheinz Dziony die „Sanierung“ des Hallenbads auf der Grundlage einer der Stadtverwaltung vorliegenden Planung durch „neue Technik, einen Anbau und ein neues Becken“ für rund 1,5 Millionen Euro.

Dieser Betrag könne demnach vom Eigenbetrieb „Wirtschaftliche Betriebe“ aufgenommen werden. Die „Wirtschaftlichen Betriebe“ seien schuldenfrei.

Ist es zutreffend, dass

1. es sich hierbei um acht Jahre alte Pläne handelt?
2. diese nur Heizung, Lüftung, Wasseraufbereitung sowie Einzug eines Edelstahlbeckens beinhalten?
3. der vor acht Jahre kalkulierte Kostenaufwand hierfür bereits über 1,8 Millionen Euro betrug?
4. diese Planung dazu führen würde, dass das Bad nicht mehr wettkampftauglich wäre?
5. diese Planung keine Sanierung der von Undichtigkeit und Wärmeverlusten gekennzeichneten Bausubstanz beinhaltet?
6. diese Planung das Bad weder behindertengerecht noch rehauglich gestaltet?
7. der Hinweis auf Kreditaufnahme und Schuldenfreiheit des Eigenbetriebs irreführend sind, weil sich für die Finanzlage der Stadt nichts ändern würde, da der Eigenbetrieb kraft Gesetz nur ein rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Stadt ist, dessen Schulden in jedem Fall über den Haushalt der Stadt ausgeglichen werden müssen?
8. Hält der erste Stadtrat als Baudezernent eine Sanierung des alten Hallenbads gegenüber einem Neubau allgemein für wirtschaftlich und technisch sinnvoll?

In welcher Weise und nach welchem Zeitplan beabsichtigt der Magistrat, den Haushaltsbeschluss vom 15.12.2009 zum Neubau eines Hallenbades umzusetzen?"

Weiter fragt er:

„1. Die Informationen für die ältere Generation (Seniorenzeitschrift) erscheinen seit ca. zwei Jahren deutlich reduziert und unregelmäßiger. Wie sieht die Planung für die Jahre 2010/2011 aus?

2. Die Seniorenfahrt (inkl. Präsentation im Dezember des Vorjahres) waren für Bruchköbel ein besonders positives „Aushängeschild“. Auch hier gibt es in den letzten Jahren ein deutlich reduziertes Angebot. Welche Unterstützung leistet die Stadt Bruchköbel in der Vergangenheit und aktuell? Wie wird die aktuelle Situation bzw. künftige Entwicklung durch den Magistrat beurteilt?"

Der Bürgermeister berichtet hinsichtlich der Radiomeldungen, dass er aufgrund des laufenden Verfahrens keinen Kommentar abgebe. Richtig sei jedenfalls, dass es in den Jahren 2003 bis 2008 Unregelmäßigkeiten in der Stadtkasse gegeben habe. Das sei Ende 2008 ans Licht gekommen, die Mitarbeiterin sei sofort aus dem Dienst entfernt worden und die Kommunalaufsicht sowie das Rechnungsprüfungsamt informiert worden. Im Übrigen lägen aus dem Verfahren noch keine Ergebnisse vor, das Geld werde zurückgefordert.

Zur Seniorenzeitung berichtet er, dass diese bereits seit 2006 unregelmäßig erscheine. Für 2010 sei zum Ende eines jeden Quartals eine Ausgabe geplant. Freilich müssten natürlich Themen vorhanden sein und die Senioren entsprechend mitarbeiten.

Die Entwicklung des Senioren-Reiseteams beruhe auf autonomen Entscheidungen des mitarbeitenden Senioren, d.h. es fänden aus Mangel an mitarbeitenden ehrenamtlich Tätigen keine Rückblicksveranstaltung und keine Mehrtagesfahrten mehr statt. Die Stadt habe entsprechende Veranstaltungen mit logistischer Hilfe begleitet, so durch den Kartenverkauf, die Stellung von Räumlichkeiten und die haushalterische Abwicklung. Eine künftige Meinung des Magistrats hier-

zu könne er noch nicht vortragen, da der Magistrat erst morgen wieder tage. Das gesamte Angebot sei aber schließlich und endlich von der Mitarbeit der Ehrenamtlichen abhängig, immerhin steige die Nachfrage nach den entsprechenden Angeboten derzeit wieder.

Der Erste Stadtrat erklärt, dass hinsichtlich des Hallenbads ein offener Brief des ehemaligen Ersten Stadtrats Dziony nicht bekannt sei, so dass die Fragen dazu nicht beantwortet werden könnten. Im Weiteren werde jedenfalls eine Projektsteuerung installiert, ohne Haushaltsgenehmigung seien aber keine weiteren Ausgaben möglich. Auch beziehe sich der Fragekatalog wahrscheinlich eher auf einen sehr alten Diskussionsstand, z.B. aus dem Jahre 2002. Diese Ansätze seien nicht mehr aktuell, in den Diskussionen der Ausschüsse der letzten Jahre sei schon ein Sanierungsbedarf von rund € 5,7 Mio. berichtet worden.

Für die FDP-Fraktion fragt der **Stadtverordnete** (Änderung aus der Sitzung vom 23.03.2010) Jesse:

„1. Frage zu der Vermarktung des Gewerbegebiets Im Lohfeld:

Die FDP-Fraktion bittet um einen Beitrag zur Lage der Vermarktung von Gewerbeflächen Im Lohfeld:

- Wo und bei wem gehen die Anfragen nach Grundstücken ein?
- Wird dort bereits eine Vorselektion vorgenommen und nach welchen Kriterien?
- Wer entscheidet über die weitere Bearbeitung der Anfragen? Aus welchen Branchen kommen die Interessenten?
- Warum werden Grundstücke unter der in Drucksache 153/2009 festgelegten Quadratmeterpreisen vermarktet, obwohl gemäß eines Berichts des ersten Stadtrates eine rege Nachfrage bestehe.
- Wie ist aktuell der Stand der Vermarktung?
- Wo und wann kann Einsicht genommen werden in die Liste der Interessenten/Bewerber?
- Wie groß sind im Schnitt die beantragten und zugeordneten Flächen?

2. Statusbericht zum FDP-Antrag (DS 35/2006) Verbesserung der öffentlichen Darstellung der Arbeit des Parlaments

In der Sitzung 47/2006 vom 21. Feb. 2006 haben die Stadtverordneten einstimmig beschlossen vom Magistrat ein Konzept erarbeiten zu lassen, wie zukünftig die politische Arbeit der Stadtverordnetenversammlung in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Dem Antragsteller, die FDP-Fraktion, war es dabei wichtig neben den Terminen und Tagesordnungspunkten auch über die Inhalte deren Beratung danach zu berichten.

Was wurden in der Zwischenzeit unternommen und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

3. Statusbericht zur Drucksache 33/2006: Förderung des Ausbildungsplatzmarktes:

Ebenfalls in der Sitzung 47/2006 vom 21. Feb. 2006 wurden die beiden Anträge der SPD- und CDU-Fraktion von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen. Darin wurde der Magistrat u.a. aufgefordert mit Handwerk, Gewerbe und anderen geeigneten Maßnahmen zur Förderung des örtlichen Ausbildungsplatzmarktes zu entwickeln. Ferner wurde ein Konzept zur Durchführung einer Berufsinformationsmesse gefordert (weitere Einzelheiten sind dem Protokoll vom 21. Feb. 2006 zu entnehmen).

Was wurde bisher unternommen? Inwieweit werden die einzelnen Fraktionen und die Öffentlichkeit über die Vorbereitung informiert?"

Zur ersten Frage erklärt der Erste Stadtrat, dass die Anfragen bei der Stadt und bei der Fa. Land+Forst auflaufen. Eine Vorauswahl werde insofern getroffen, als die Anfrage anhand des Bebauungsplans abgeklöpft werde; Falls noch interessant, werde der Magistrat befasst. Derzeit frage vor allem mittelständisches Gewerbe an.

Die angefragte Preisdifferenz ergebe sich aus den zugehörigen Beschlüssen des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung.

Eine Interessentenliste im engeren Sinne gebe es nicht, Anfragen würden ständig im Magistrat beraten bzw. auch in der Stadtverordnetenversammlung durch Grundstücksverkauf abgearbeitet.

Die durchschnittliche Grundstücksgröße betrage zwischen 1.500 und 3.000 qm. Derzeit seien zwei Grundstücksverkäufe in Vorbereitung, danach seien noch rund 4,5 ha vorhanden.

Der Bürgermeister berichtet zur zweiten Frage, dass die Verwaltung nach einer technisch wie vom Arbeitsaufwand her vertretbaren Lösung zur Veröffentlichung im Internet gesucht hatte und zunächst aufwändig PDF-Dokumente aus Einzelseiten-Scans erstellte, danach mittels Scanner mit automatischem Einzug. Die Niederschriften werden zudem im Wesentlichen so abgefasst, dass sie für sich selbst, d.h. ohne weitere Sitzungsunterlagen, gelesen werden können und damit ein Höchstmaß an Informationen bieten. Seit einigen Monaten sei ein Multifunktionsgerät in Betrieb, das die PDF-Dateien in konstanter Qualität und vertretbarer Dateigröße ohne angeschlossenen PC erzeugt. Hinsichtlich der Stadt-Info bleibt zu sagen, dass die wesentliche Berichterstattung unmittelbar nach den Sitzungen durch die örtliche Presse erfolgt und eine aktuellere Berichterstattung auch aufgrund der zeitlichen Diskrepanz zwischen Sitzung und Verabschiedung der Niederschrift zu lang sei.

Zur dritten Frage erklärt der Bürgermeister, dass er sich erinnere, noch als Selbständiger aufgrund dieser Initiative eine Präsentation in der Heinrich-Böll-Schule zu seinem damaligen Berufsbild gehalten zu haben, die Kreishandwerkerschaft sei auch sehr aktiv gewesen. Hinsichtlich der städtischen Aktivitäten könne er keine Auskunft geben.

Der Stadtverordnete Jesse kritisiert, dass der Inhalt der Unterlagen nicht von vorneherein in Kurzform veröffentlicht werde. Der Bürgermeister trägt hierzu den Beschlusstext aus dem Jahre 2006, dessen Inhalt im Wesentlichen umgesetzt sei.

TOP 5	DS 2/2010	Antrag BBB-Fraktion: Unterjähriges Berichtswesen im Bereich des Ergebnishaushalts
-------	-----------	---

Der Stadtverordnete Rechholz stellt folgenden Antrag und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung quartalsweise, erstmals zum 30.06.2010, schriftlich über den jeweiligen Budgetstand je Produktbereich. In diesem Bericht sind mindestens die folgenden Daten enthalten:

- genehmigter Planansatz des Primärergebnisses zzgl. Der internen Leistungsverrechnung (ordentliches Ergebnis, außerordentliches Ergebnis, Ergebnis interner Leistungsbeziehungen)
- unterjährige Budgetveränderung
- Prognose zum 31.12. des Haushaltsjahres
- Erwartete Budgeteinsparung /-überschreitung
- Erläuterung der Abweichung

Der Stand zum 30.09. ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung des Haushalts für das kommende Haushaltsjahr vorzulegen.“

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Verfahren gemäß § 28 GemHVO Doppik durchgeführt werde und im Übrigen ein Beschluss zu einem halbjährlichen Bericht bereits gefasst wurde. Der Stadtverordnete Roepenack spricht im Sinne des Antrags, insbesondere müssten die Berichte schriftlich erfolgen, wie es bereits Beschlusslage sei. Der Stadtverordnete v.Wittich meint, dass halbjährliche Berichte ausreichend seien, aktuelle Entwicklungen müssten sowieso unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten“ der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt werden. Der Stadtverordnete Wenzel und der Stadtverordnete Keim geben zu bedenken, die Verwaltung nicht weiter zu belasten. Der Stadtverordnete Keim bekundet zudem, die Stadtverordnetenversammlung lenke die Politik der Stadt, der Magistrat die Finanzen. Der Stadtverordnete Rechholz will den Antrag als Werkzeug der Planung bzw. der Prognose verstanden wissen, das sei kein Widerspruch zu den Ausführungen des Stadtverordneten Keim.

Beschluss: Bei 12 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 6	DS 3/2010	Antrag SPD-Fraktion: Beteiligung der Nutzergruppen an der Planung des Hallenbadneubaus
-------	-----------	--

Der Stadtverordnete v.Wittich stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag und spricht in diesem Sinne:

„Um die politische Entscheidung über die Ausgestaltung des Hallenbadneubaus vorzubereiten und die Bedürfnisse und Anregungen der Nutzer zu berücksichtigen, wird ein öffentlicher Workshop durchgeführt. Dazu werden nicht nur die Vereine und Institutionen eingeladen, sondern es werden ausdrücklich auch interessierte Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sich zu beteiligen.“

Der Stadtverordnete Keim stellt für die CDU folgenden Änderungsantrag und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird gebeten die Bruchköbeler Bürger/innen im Rahmen einer Bürgerversammlung – im März oder April 2010 – über den Sachstand eines evtl. Hallenbadneubaus zu unterrichten.“

Der Stadtverordnete Jesse spricht gegen den Zeitpunkt der Beschlussfassung zum Neubau des Hallenbads. Im Detail müssten zunächst insbesondere Informationen hinsichtlich der Kosten (alt/neu) berichtet werden.

Er stellt für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Der Antrag der SPD-Fraktion wird ausgesetzt. Statt dessen wird von der Verwaltung eine Ausarbeitung mit den laufenden Kosten für den Betrieb der Anlage erstellt. Mittels einer Gegenüberstellung der Kosten von der bestehenden Anlage zum geplanten Hallenbad soll deutlich gemacht werden inwieweit ein Neubau wirtschaftlicher betrieben werden kann. Es werden ferner die Unterschiede der bereits vorgestellten Hallenbadplanung zu dem bestehenden Bad dargestellt. Das sind z.B. Unterschiede, wie Beckentiefe, Energiekonzept, Benutzerfreundlichkeit usw. werden dazu kostenmäßig bewertet. Diese vergleichende Aufstellung wird in einer Bürgerversammlung vorgestellt und dort diskutiert. Falls erforderlich können sich danach Interessengruppen mit Anregungen einbringen.“

Auf Nachfrage des Stadtverordnetenvorstehers konkretisiert der Stadtverordnete Jesse, dass der heutige SPD-Antrag ausgesetzt werden solle. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht gegen das Ansinnen, der Antrag sei noch nicht einmal beschlossen. Die grundlegende Beschlusslage sei im Übrigen klar, es werde ein neues Hallenbad gebaut und die Umsetzung habe bis 2013 zu erfolgen. Die Kosten könnten erst nach der Planung betrachtet werden, aber es sei davon auszugehen, dass ein neues Bad am Ende billiger komme als das alte Bad. Er regt an, den FDP-Antrag als Änderungsantrag zum SPD-Antrag zu betrachten.

Der Erste Stadtrat bekundet, dass er den Neubau für vernünftig erachte, die Diskussion hierüber laufe seit 20 Jahren und die Umsetzung müsse nun rasch mit Bürgerbeteiligung angegangen werden. Die Vereine seien die ganz überwiegenden Nutzer des Bades, so dass auch ein erheblicher Nutzungsdruck da sei. Er schlägt vor, die Bürger zu informieren und die Vereine zu beteiligen.

Der Stadtverordnete Rechholz meint, dass zunächst eine Bürgerversammlung und dann ein Workshop stattfinden solle, der Stadtverordnete v.Wittich favorisiert den Workshop. Der Stadtverordnete Piscitello spricht zum finanziellen Hintergrund des Projekts.

Der Stadtverordnete Keim bittet, den CDU-Änderungsantrag als Ergänzung zum SPD-Antrag zu betrachten, da die zeitliche Abfolge keinen einzelnen Baustein ausschließen solle, die Bürgerversammlung solle allerdings zuerst stattfinden. Der Stadtverordnete v.Wittich ist einverstanden.

Der Stadtverordnete Jesse zieht den ersten Satz zurück, im Übrigen bleibt sein Änderungsantrag bestehen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion (ohne Satz 1): bei 4 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zum SPD-Antrag ergänzt um den CDU-Antrag: Bei 26 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Um die politische Entscheidung über die Ausgestaltung des Hallenbadneubaus vorzubereiten und die Bedürfnisse und Anregungen der Nutzer zu berücksichtigen, wird ein öffentlicher Workshop durchgeführt. Dazu werden nicht nur die Vereine und Institutionen eingeladen, sondern es werden ausdrücklich auch interessierte Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sich zu beteiligen. Der Magistrat wird zunächst gebeten die Bruchköbeler Bürger/innen im Rahmen einer Bürgerversammlung – im März oder April 2010 – über den Sachstand eines evtl. Hallenbadneubaus zu unterrichten.

TOP 7	DS 295/2009	Vergabe eines Straßennamens nach Einreichung eines Bauantrags
-------	-------------	---

Beschluss zu Ziffer 1 (In den Freigärten): Bei 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zu Ziffer 2: (An den Freigärten): einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 12 HGO i. V. m. § 126 BauGB erhält die Zuwegung zu dem Baugrundstück Flur 18, Flurstück 40/1 und 40/2 in der Gemarkung Roßdorf die folgende Bezeichnung:

„An den Freigärten“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:35 Uhr.

(Thomas Demuth)
Vorsitzender



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer